

EU-Förderung von Integrationsprojekten: Fachgespräch in Brüssel

Als Beitrag zur Debatte zur Zukunft der EU-Finzen organisierten das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen, das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) und die EU-Vertretung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) am 9. Oktober ein [Fachgespräch](#) in Brüssel. Der Fokus richtete sich dabei auf das Thema „Die EU und die Förderung der Integration von Migranten – was läuft gut, wo besteht Optimierungspotential?“. Vertreter aller politischen Ebenen beleuchteten die EU-Fördermöglichkeiten für die Integration von Migranten und Unionsbürgern und diskutierten im Podium Impulse für die nächste Förderperiode ab 2021. Darüber hinaus boten Praktiker im „Messeformat“ Einblicke in Integrationsprojekte. Anlässlich des Fachgesprächs erschien eine bilinguale [Broschüre](#) zum Thema.

Hintergrund: Populismus, Brexit und Integrationserfordernis

Dr. Dieter Salomon, Präsident des Städtetags Baden-Württemberg und Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, ging in seinem Grußwort u. a. auf die Beweggründe für das Fachgespräch ein: Der Aufschwung von Rechtspopulisten in Europa und das Votum für einen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs böten nicht nur das Signal, sich in der EU „zusammenzuraufen“ und sich eingehend mit der Zukunft der EU zu befassen. Sie seien auch im Zusammenhang mit den Zahlen der Flüchtlinge und Migranten zu sehen und zeigten, dass eine gelingende Integration unabdingbar sei. Die Flüchtlingsfrage sei europäisch und solidarisch zu lösen. Allerdings werde der Austritt des Nettozahlers Großbritannien eine Lücke im EU-Haushalt hinterlassen. Die äußerst hilfreichen EU-Förderprogramme für die wichtige Daueraufgabe Integration dürften trotzdem keinen Kürzungen zum Opfer fallen.

Herausforderungen im Bereich der Integration

Uwe Lübking, Beigeordneter des DStGB, machte in seinem Impulsreferat darauf aufmerksam, dass in Deutschland weiterhin mit rund 200.000 Neuzugängen pro Jahr zu rechnen sei. Ferner mindere die EU-Binnenwanderung nicht nur den Fachkräftemangel. Sie bringe auch einige Herausforderungen mit sich. Nötig sei eine stärkere Verzahnung von Sprach-, Qualifizierungs- und sonstigen Kursen.

Auf dem von Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, moderierten Podium schilderte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz die Situation in [Mannheim](#). Dort haben rund 45 % aller Einwohner einen Migrationshintergrund und die Zahl der Neuzugänge – u. a. auch aus Rumänien und Bulgarien – steigt stetig an. Zu den Schwierigkeiten zählen laut Kurz Problemimmobilien und menschenhandelähnliche Strukturen. Die Maßnahmen der Stadt beinhalten u. a. einen eigenen städtischen Integrationsfonds, die Nachbarschaftsstärkung und eine enge Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden.

Bestehende Fördermöglichkeiten

In seinem Impulsvortrag streifte Lübking die große Bandbreite an EU-Förderprogrammen, die für Integrationsprojekte genutzt werden kann. Neben dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) können beispielsweise auch der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) oder Aktionsprogramme wie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für Integrationsprojekte genutzt werden. Der baden-württembergische EU-Abgeordnete Peter Simon (S&D) sprach sich auf dem Podium dafür aus, die EU-Fördermöglichkeiten für Integrationsmaßnahmen trotz Verkleinerung des Mehrjährigen Finanzrahmens beizubehalten. Er stellte allerdings die Frage in den Raum, wie die Mittelvergabe künftig ausgestaltet werden soll. Ob sie beispielsweise an die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen zu koppeln sei, müsse diskutiert werden.

Mehrwert der EU-Förderung auch in starken Regionen

Kurz hob hervor, dass die EU-Förderprogramme mit ihrer Programmatik wichtige neue Initiativen in Mannheim erst ermöglichten. Die rund 3 Mio. € EU-Mittel für Integrationsprojekte in Mannheim wären anderweitig nicht zu beschaffen gewesen. Zudem handle es sich um sehr gut angelegtes Geld: Die Investitionen in arbeitsmarktbezogene Maßnahmen kämen sehr viel günstiger als ein dauerhafter Sozialhilfebezug. Wolfgang Husemann, Leiter der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ging in der Podiumsdiskussion auch auf den Modellcharakter der EU-Förderung ein. So sei ein ursprünglich mit ESF-Mitteln gefördertes BAMF-Programm später in ein rein nationales Förderprogramm umgewandelt worden.

Impulse für die Zukunft – mehr Kohärenz

Salomon und Lübking forderten eine Fortschreibung und bessere Kombinierbarkeit der einschlägigen EU-Programme. Kurz machte darauf aufmerksam, dass z. B. im EHAP mit dem Arbeitsmarktbezug ein relevantes Feld der Integration abgeschnitten sei: Bislang dürfen die Vertrauenspersonen des EHAP keinen Rat in Sachen Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche geben, da dies dem ESF zugerechnet wird. Für die Kombination sollten die Anforderungen angeglichen (jedoch nicht addiert) werden, so Lübking. Nach Husemann sollte hier eher der EHAP mit seinen wenigen Indikatoren als der ESF die Richtschnur bilden. Des Weiteren hob Lübking hervor, dass zielgruppenneutrale Förderansätze, wie sie in weiten Teilen des ESF vorliegen, beibehalten werden sollten. Kurz mahnte zusätzlich eine kohärente Roma-Politik an.

Impulse für die Zukunft – Vereinfachung

Dass für die Beantragung der Fördermittel Agenturen eingeschaltet werden müssen, sollte laut Lübking vermieden werden. Eine Vereinfachung sei dringend erforderlich. Husemann veranschaulichte dies anhand des [ESF](#): Dort sind für jedes Vorhaben zahlreiche Durchführungsverordnungen, Leitfäden und datenschutzrechtliche Dokumente zu berücksichtigen und Informationen zu 113 Datenfeldern vorzuhalten. Es sei jedoch unklar, inwiefern die Zahlen überhaupt Verwendung finden. Vor diesem Hintergrund hatte die ESF-Verwaltungsbehörde des Bundes ein [Positionspapier](#) für ein neues „Lean Fund Management“ verfasst. Zu viele Zielindikatoren reduzierten auch den Spielraum für soziale Experimente. Für Innovation müsse bisweilen ein Scheitern in Kauf genommen werden. Die Einführung von Pauschalen werde vom Bundesrechnungshof – nicht vom Europäischen Rechnungshof – erschwert. Für die Zukunft forderte Husemann ferner eine Abkürzung des Verfahrens zur Benennung der Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörden und eine Differenzierung der Kontrollen. Lübking betonte, dass der Eigenanteil der Träger – beispielsweise durch einen nationalen Zuschuss wie beim EHAP – reduziert werden sollte. Simon kritisierte eine verbreitete Doppelmoral, wonach einerseits Entbürokratisierungsmaßnahmen gefordert und andererseits in EU-Angelegenheiten keine Fehler bei der Mittelverwendung toleriert würden.

Impulse für die Zukunft – Flexibilisierung

Insgesamt sind bei der Förderung für die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände mehr Freiräume wünschenswert, so Lübking. Es sei wichtig, flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Auf dem Podium bemängelte Andreas Bartels, Vertreter der BAGFW in den Bundesbegleitausschüssen von ESF und EHAP, dass durch die Nationalen Programme und Operationellen Programme ein enges Korsett gegeben sei. Eine Änderung der Programme sei schwierig. Sie würde eher vermieden, um den nächsten Aufruf nicht zu gefährden. Gerald Engasser, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, machte darauf aufmerksam, dass die Regionalisierung des ESF in Baden-Württemberg auch eine Flexibilisierung zur Folge habe: Die regionalen ESF-Arbeitskreise böten eine gute Möglichkeit, jene Zielgruppen zu erreichen, um die es vor Ort geht. Simon sprach darüber hinaus die Option an, eine finanzielle Reserve in der nächsten Förderperiode einzuplanen, um auf unvorhergesehene Ereignisse besser reagieren zu können.

Impulse für die Zukunft – Partnerschaftsprinzip

Bartels hob die Vorteile des gelebten Partnerschaftsprinzips bei der EU-Förderung hervor. Durch die Begleitausschüsse für den ESF-Bund und den EHAP würden die Interessenträger sehr gut eingebunden. Dies sei auch nach 2020 wichtig und solle auf andere Programme übertragen werden, um die Menschen vor Ort besser zu erreichen. Birgit Kowalewski, Generaldirektion Migration und Inneres der EU-Kommission, erläuterte das Partnerschaftsprinzip im AMIF. Ein weiteres positives Partnerschaftsbeispiel hatte Anne Wagenführ, Leiterin der EU-Vertretung des Caritasverbands, in ihrer Begrüßung genannt: In Deutschland fördert der EHAP nur gemeinsame Projekte von Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden.

Projektvorstellung: EFRE

Bürgermeister Volker Grab und Ágnes Sebestyén vom Kolping-Bildungswerk stellten nach der Podiumsdiskussion das mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geförderte RegioWIN-Leuchtturmprojekt „Europäische Ausbildungs- und Transferakademie“ ([EATA](#)) vor. Das Projekt beinhaltet die Einrichtung von Wohn-, Schulungs- und Sozialräumen in einer ehemaligen Kaserne. Dort sollen Kurse für Jugendliche aus EU-Staaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und junge Flüchtlinge angeboten werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Projektvorstellung: EHAP

Liudmila Hahn und Daphne Hadjiandreou-Boll, Stadt Mannheim, präsentierten das EHAP-Projekt „[ANIMA](#): Ankommen in Mannheim“. Dieses richtet sich mit einem muttersprachlichen Beratungsangebot an neu zugewanderte Rumänen und Bulgaren in besonderen Notlagen – z. B. Abhängige in Schlepperstrukturen, Opfer von Straftaten sowie Menschen in prekären Wohnsituationen und illegalen Arbeitsverhältnissen.

Projektvorstellung: ESF

Nadya Sahutoglu, Stadt Freiburg, gab ferner Einblicke in das ESF-Projekt „[Stark im Beruf](#) – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“. Es handelt sich um eine Programmlinie aus dem Operationellen Programm des Bundes. Das Projekt bietet Frauen mit Migrationshintergrund Sprachkurse, Beratung und Informationen zu allen arbeitsmarktrelevanten Fragen sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Darüber hinaus wurden drei Projekte gezeigt, die mit ESF-Mitteln aus dem Operationellen Programm des Landes Baden-Württemberg gefördert wurden:

- Wolfgang Busse und Simon Geiger, Caritasverband für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, präsentierten das Projekt „[A5](#) – Achtung und Akzeptanz für Asylsuchende durch Arbeit und Ausbildung“. Dieses unterstützt Flüchtlinge auf dem Weg in Arbeit und Ausbildung durch ein Beratungsangebot und das Herstellen von Kontakten zu Arbeitgebern und Helferkreisen.
- Das Projekt „[SCHEFF](#) – Schulergänzende Förderung für Flüchtlinge“ unterstützt Schüler an Werkreal- und Berufsschulen durch Zusatzunterricht in den Bereichen Spracherwerb, Mathematik und Berufsorientierung. Das Projekt wurde von Sonja Lenz, Internationaler Bund, vorgestellt.
- Im Projekt [ZUKUNFT](#) kommen Bildungsbegleiter an beruflichen Schulen zum Einsatz, um bei Schülern mit intensivem zusätzlichem Förderbedarf die Chancen auf einen erfolgreichen Übergang zu erhöhen. Hermine Nowotnick, Landratsamt Ostalbkreis, stellte das Projekt vor. (CB)